

Helmut Müller-Enbergs über die Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin vor 30 Jahren, Atemnot und Aktenberge

# Abpfeif eines Endspiels

Am 15. Januar 1990 wurde das Hauptquartier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin von Zehntausenden DDR-Bürgern vor laufender Fernsehkamera »gestürmt«. Welche Rolle kommt dieser Aktion im Verlauf des Umbruchs in der DDR Ihrer Meinung nach zu?

Die Herbstrevolution in der DDR und die Begehung eines Fleckens in Berlin-Lichtenberg am 15. Januar 1990 gab es nicht im luftleeren Raum; sie entstanden in einer politischen, gesellschaftlichen und auch ökonomischen Konstellation eines gespaltenen Landes. Dazu gehört vieles, aber vor allem: Der »Sozialismus in den Farben der DDR« glänzte wesentlich nur als Farbputzer auf dem geopolitischen Schachbrett der Sowjetunion.

Der politische Bruder der KPdSU, die SED, war zwar die Korsettstange in der DDR, aber die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte und der sowjetische Diplomatenapparat der Sicherheitsgarant und Dirigent in unruhigen Zeiten. Das galt bis zu dem Zeitpunkt, als die Vision des Sozialismus in einem halben Deutschland aufgebraucht war, die Macht im November 1989 auf der Straße lag. Nationale Volksarmee, Volkspolizei und Kampfgruppen wären nach dem 40. Jahrestag der DDR ebenso wenig gegen das Volk ausgerückt wie die Sowjets. Die Partei trabte bei abschmelzender Gemeinde dem Publikumsgeschmack hinterher, sie zerbröselte.

Wochen vor der Besetzung der Berliner Stasi-Zentrale wurden bereits republikweit MfS-Dienststellen von Bürgerrechtlern besetzt.

Seit Anfang Dezember 1989 rückte – und wurde wohl auch gerückt – das Ministerium für Staatssicherheit in den Fokus einer aufbegehrenden Gesellschaft. In über 200 Kreisen zog sich das MfS aus seinen Dienststellen mit seinen Akten zurück. Beginnend mit dem 4. Dezember mussten einige Bezirksverwaltungen ihre operative Arbeit nach Begehungen durch Deputierte und Staatsanwaltschaften nahen einstellen. Das Zentrum der Repressionsmaschinerie in Berlin-Lichtenberg blieb davon jedoch bis Januar 1990 unberührt, auch wenn dort Atemnot aufkam, da der Informationsfluss aus den Regionen erlahmte. Und das alles geschah, ohne dass ein Schuss aus oder in den Dienststellen des MfS abgegeben wurde. Mit Ausnahme des einen in Suhl am 4. Dezember '89, als sich der dortige Offizier vom Dienst selbst erschoss – weil er nicht auf das Volk schießen wollte.

Unüberschaubar war auch: Die Partei wollte ihren treuesten Diener nicht weiter an ihrer Seite wissen. Während die Bezirksverwaltung des MfS in Berlin ungestört blieb, erfuhr die Zentrale im Zuge einer Ortsbegehung ein ungewöhnliches, auch für den Verlauf der Herbstrevolution ungewöhnliches Ende: Er löste einen Sturm der Bänder aus, Stoff für ein Mythos einer Erstürmung, symbolischer Abpfeif eines Endspiels. Nun wusste die neue Parteiführung: Es ist endgültig aus, die geordnete Abwicklung des Staates stand auf der Tagesordnung.

Gab es eine vergleichsweise ähnliche Aktion vor 30 Jahren in anderen osteuropäischen Staaten? Kein osteuropäischer Staat war ein Doppelstaat wie Deutschland. Insofern folgte in den dortigen Revolutionen eher eine Transformation der Sicherheitsarchitektur, schubweise, schleppend – und mit teilweise Eltern austausch.

Könnte man vermuten, dass die Besetzer vom 15. Januar gezielt in bestimmte Gebäudekomplexe, die beleuchtet waren, gesteuert worden sind?

Es gab an jenem Abend unterschiedliche Akteure, und im Nachhinein gibt es ebenso unterschiedliche Erinnerungen. Im Gebäudekomplex war der Anteil anwesender Hauptamtlicher arg reduziert, bestimmte Bereiche waren von innen verbarrikadiert. Mancher einer wandte sich erleuchteten, operativ unwichtigen Gebäuden zu. Andere, wie Journalisten von Spiegel-TV, suchten die Nummer 1



Bürgerrechtler (links Rolf Henrich vom Neuen Forum) in der besetzten Stasi-Zentrale.

Foto: Imago Images/Werner Schulte

auf dem Gelände in ihrem Dienstzimmer auf, namentlich Generalmajor Heinz Engelhardt, dessen vornehmste Aufgabe in diesen Tagen darin bestand, einen Verfassungsschutz aus 10 000 der ehemals 91 015 Hauptamtlichen zu bilden. Er gab ein Interview.

Ortskunde dürfte kaum einer der Bürger besessen haben, die sich nun auf dem bis dato streng geheimen, abgetrennten Gelände bewegten. Vor Ort befanden sich, so heißt es, Vertreter regionaler Bürgerkomitees, die möglicherweise bereits als künftige Hausherren anzusehen waren. Einige Bürger, die als Erste auf dem Gelän-

de waren, wunderten sich, dass bei ihrem Eintreffen Aktenblätter im Treppenturm herabrieselten.

Kann oder muss man nicht davon ausgehen, dass sich unter den »Spaziergängern« am 15. Januar 1990 in der Normannenstraße auch Vertreter westlicher Geheimdienste befanden?

Der Reiz, auf den »Trümmern« der alten Schreibische der Kollegen mit der anderen Feldpostnummer nach brisantem Material zu suchen, dürfte ungemessen gewesen sein. Diese Annahme gehört zum Erinnerungsinventar von MfS-Insidern. Nur: Belegt

ist das für den 15. Januar 1990 nicht. Das nachrichtendienstliche Wissen um die internen Schließbewegungen des MfS war durch die wenigen Überläufer noch nicht auf dem Stand wie dann Wochen später. Der Mythos von der »Erstürmung« lebt trotz 30 Jahren Aufarbeitung weiter.

Fluch oder Segen? Würde mit dem 15. Januar 1990 die Büchse der Pandora geöffnet? Oder folgte eine zwar schmerzhafte, aber notwendige »Heilung«?

Das MfS spielte das Lied der Partei, das aber hatte viele Töne. Sein Wirken hat tiefe Riefen in der Gesellschaft, bei den Bürgern hinterlassen. Traumata der Unfreiheit. Das MfS war nicht allein Repressionsmaschine und Nachrichtenlieferant für politische Abnehmer, sondern zugleich eine unsichtbare politische, von der SED gern genutzte Steuerungsinstanz. Eine Art kafkaeskes »Schloss«, das nun gläsern zu machen nicht nur für Historiker interessant ist, die sich auf die Früchte der Eckermänner stützen. So konnte beispielsweise der Polizist Karl-Heinz Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in West-Berlin erschossen hatte, als Mitglied der SED sowie inoffizieller Mitarbeiter »Otto Bohle« des MfS überführt werden.

Ich meine, die Akteureinsichten von Millionen haben zur Wiederaneignung eigener Geschichte beigetragen, Verfolgten und Repressierten ein Gesicht wiedergegeben. Und ein In-

strument ermöglicht, um Ansprüche geltend zu machen. In der Regel geht es um die Verwundung, die verrätene Vertrauen verursacht hat.

Dass die Partei erst das MfS für Sieg und Versagen des Sozialismus in Haftung nahm und dort dann die Hauptamtlichen den Ball elegant an ihre Inoffiziellen weiterspielten, mag im Einzelnen nachvollziehbar sein, letztlich ist das zynisch. Die Puppe IM tanzte nach dem Willen des Marionettenspieler, der im Auftrag der Partei handelte. Sicherlich ist es einer jeden Revolution eigen, einen Elternteil zu vorzunehmen. Den aber auf die Inoffiziellen zu kaprizieren und Parteisekretäre weiter zu hoffen, wirkte schon damals nicht schlüssig. Abgesehen davon: Ohne Akten hätte die derbe Welt der Verdächtigung Fortsetzung erfahren; Akten können auch eine Schutzfunktion haben.

## 89/90

Aber es sind Biografien durch die Öffnung der Akten zerstört worden. Diese schuf Unfrieden im gerade geeinten Deutschland. Und es wurde oft mit zweierlei Maß gemessen.

In über einem Jahrhundert erlebten Deutsche vier Systemwechsel, und nach jedem musste mitunter die Biografie den neuen Umständen angepasst werden. Kollektive Fantasie ist gewissermaßen Teil der deutschen Kultur. Nach der Herbstrevolution löschte die Partei ihre Mitgliederkarten, sodass manch einer der in der neuen Zeit eher als beschwerlich wirkenden eigenen Geschichte entledigt war. Nicht das Öffnen der Akten schuf Unfrieden, sondern eher der Maßstab, mit dem Biografien und Handlungen im System Sozialismus gesellschaftlich bewertet wurden. Umgekehrt also: Das MfS hat Biografien kaputtgemacht.

Ministerpräsident Hans Modrow wollte aus dem einen Geheimdienst – ähnlich dem Vorbild der Bundesrepublik – zwei Dienste schaffen. Er scheiterte damit am Zentralen Runden Tisch. War Modrows Vorschlag noch sinnvoll?

Einen Auslandsmachrichtendienst und einen Verfassungsschutz der DDR schaffen zu wollen, war die letzte Offerte vor der Kapitulation des Staates.

Seit Jahren wird die Überführung der Stasi-Akten unter Dach des Bundesarchivs gefordert. Dies soll nunmehr geschehen. Nach den Vorstellungen von Roland Jahn, des Leiters der Stasiunterlagenbehörde, sowie des Präsidenten des Bundesarchivs Michael Holmann sollen sie indes mit dem Schriftgut der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, SAPMO, in einem »Archivzentrum zur SED-Diktatur« vereinigt werden. Was stark umstritten ist. Ihr Kommentar?

Der Schriftzug auf dem Türschild ist nicht wichtig. Es kommt auf das Konzept an. Wenn das Ensemble verschiedener Aktenprovenienzen ein Stück deutsch-deutscher, eigentlich östlich-westlicher Geschichte in ihrem Prisma beschreiben kann – gut so. Insbesondere, weil das MfS endlich verstärkt in gesellschaftliche Prozesse eingeordnet werden könnte – bisher ein Defizit der Aufarbeitung. Aber: Vorher war das Stasi-Archiv dem Parlament rechenschaftspflichtig, fortan unterläge es offenkundig den Weisungen und Beschränkungen eines Einzelnen. In nahezu allen Bezirken gab es eine Dependence des Stasi-Archivs mit Bürgermähe, mittelfristig nur einen Standort in jedem Land östlich der Elbe. Die wissenschaftliche Forschung war beinahe universitär unabhängig, vor allem im ersten Jahrzehnt, zunehmend mit Abstrichen. Zukünftig wäre reine archivwissenschaftliche Auftragsforschung zu befürchten. Und gänzlich unklar ist, welche Überlieferungskultur fortan gilt. Das Bundesarchiv verwahrt nicht alles.



Helmut Müller-Enbergs, Jg. 1960, studierte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (FU). 1990 bis 1992 war er Pressesprecher der Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg und Mitarbeiter im Stöbe-Untersuchungsausschuss. Der Geheimdienstexperte und Autor zahlreicher Publikationen entkamte 2009 mit Cornelia Jabs die Stasi-Verpflichtung des Westberliner Polizisten Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss. Den Professor am Zentrum für Kalte-Kriegs-Forschung der sydnaisk Universität in Odense (Dänemark) befragte Karlen Vesper.

Foto: opa/ Bernd Setnik